Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 7 (1966)

Heft: 8

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Notiz statt Verbot

In den vorhergehenden Jahren hatte man in Moskau dafür gesorgt, dass zum jüdischen Osterfest (Passah) keine Mazen (ungesäuertes Brot) erhältlich waren. Jetzt macht man es anders. Die Mazenkäufe werden nicht mehr behindert, dafür aber registriert. Jeder Bezüger kommt auf eine Liste.

Der liberale Teil der neuen Regelung war zuerst bekannt geworden. Jehuda Leb Lewin, der Oberrabbiner von Moskau, hatte mitteilen können, dass dieses Jahr jedermann, der entsprechend Mehl in die Synagoge bringe, Mazen in beliebiger Menge erhalten werde.

Dieses Jahr werden in der sowjetischen Hauptstadt in vier verschiedenen Bezirken Mazen gebacken, und auch in einigen Grossstädten, wie Kiew und Odessa, ist dieses Passah-Brot erhältlich.

Doch ist die Freude über die zuvorkommende Haltung der Sowjetbehörden bald getrübt worden. Laut offiziellen Vorschriften muss nämlich jeder Gläubige, der sein Mehl in die Synagoge bringt, seinen Namen und seine Adresse angeben. Die Liste wird schliesslich den lokalen Behörden zur Verfügung gestellt. Diesen wird es dadurch ermöglicht, über jene Bürger, die auf das österliche Brauchtum ihrer Religion Wert legen und sich zu den Gläubigen zählen, genau Buch zu führen. Dieser Umstand kann namentlich für jene, die in ihrem Beruf leitende Stellen bekleiden, oder gar der KPdSU angehören, zu gegebener Zeit alle erdenklichen unangenehmen Folgen haben.

Sehr viele Juden ziehen es daher vor, sich auf diesen Listen nicht eintragen zu lassen, und ihre Mazen zu höheren Preisen auf dem schwarzen Markt zu kaufen. Dies wird wiederum vom Gesetz als Spekulation definiert, und wer dabei erwischt wird, muss gegebenenfalls mit einer harten Strafe rechnen. Wohl ist die Praxis in dieser Beziehung häufig weniger streng als die Paragraphentheorie, doch ist die Gefahr, dass man ein Exempel statuieren will, gerade beim Mazenhandel grösser als bei den «üblichen» illegalen Geschäften.

Früher hatte man in Moskau die Mazen, die zuvor von der jüdischen Glaubensgemeinde gebacken worden waren, in den staatlichen Geschäften verkauft, ohne die Personalien der Käufer aufzunehmen. Allerdings liessen die Behörden dann das Angebot immer mehr zurückgehen, bis in den letzten Jahren überhaupt keine Mazen mehr erhältlich waren. Die jetzige Regelung wirkt zunächst viel grosszügiger, aber sie hat ihre Tücken.

Litekraten

Im ostdeutschen Schriftstellerverband ist es zu einem Führungswechsel gekommen, der darin besteht, dass man die Literaten durch Parteibürokraten ersetzte.

Der wichtigste Posten des Verbandes, der des geschäftsführenden 1. Sekretärs, wurde mit Gerhard Henniger, einem ausgesprochenen Apparatschik, besetzt, der als Literat noch nie in Erscheinung getreten ist und bis jetzt nicht einmal dem Schriftstellerverband angehört hatte. Seine Karriere machte er in der Zentralleitung des Kulturbundes, wo er die Aufsicht über die «Klubs der Intelligenz» führte.

Henniger löst Professor Hans Koch ab, der allerdings weiterhin stellvertretender Vorsitzender der Organisation bleibt und übrigens mit besonderen Aufgaben am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim SED-Zentralkomitee betraut werden soll. Schon früher hatte er an diesem Parteiinstitut an der theoretischen Untermauerung der SED-Literaturpolitik mitgearbeitet.

Eine weitere wichtige Stelle, die des Chefredaktors der Verbandszeitschrift «Neue Deutsche Literatur», wurde ebenfalls mit einem ausgesprochenen Funktionärstyp neu besetzt. Der Schriftsteller Wolfgang Joho wurde seines Postens enthoben, den nunmehr der ZK-Mitarbeiter Werner Neumann einnimmt, der unter anderem als Denunziant etlicher engerer Kollegen bekannt ist. Er war zuletzt in der ZK-Abteilung Kultur und im Institut für Gesellschaftswissenschaften tätig. Immerhin kann er sich auch noch auf literarische Leistungen berufen, hat er doch letztes Jahr einen Aufsatz veröffentlicht.

Der Amtsenthebung von Chefredaktor Joho hatten sich mehrere führende Vorstandsmitglieder des Schriftstellerverbandes widersetzt. Die handstreichartige Neubesetzung zweier führender Posten mit parteiergebenen Funktionären zeigt, dass die Partei ihre neue harte Linie in der Kulturpolitik durchsetzen will.

Das ist so eine Geschichte

In Polen beschäftigt man sich nicht nur mit der Frage, wie eigentlich die jüngere Geschichte wirklich war (siehe Seite 8), sondern auch noch mit der weiteren Frage, was es überhaupt nützt, darüber zu schreiben.

Der Sejm-Abgeordnete und Kolumnist Stefan Kisielewski zitiert jedenfalls die Auffassung, dass man über das Geschehen der letzten 20 Jahre ohnehin nicht objektiv berichten könne, weil das gegen Staats- und Privatinteressen verstossen würde. In der katholischen Wochenzeitschrift «Tygodnik Powszechny» lässt er folgende Meinung vom Historiker Tadensz Manteuffel zu Wort kommen:

«Schliesslich enthält die zeitgenössische Geschichte eine grosse Anzahl von Ereignissen, die man auch nach 20 Jahren nicht besprechen kann, ohne den öffentlichen Interessen zu schaden, von den privaten ganz zu schweigen.

Nehmen wir als Beispiel aus der Geschichte unseres eigenen Landes folgendes Problem: Wir haben jetzt eine Einheitspartei, die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, die durch den Zusammenschluss der Polnischen Arbeiterpartei und der Polnischen Sozialistischen Partei entstanden ist. Nun, waren die Beziehungen zwischen diesen Parteien wirklich harmonisch, damals zwischen 1945 und 1948?

Wenn wir, als Historiker, ausführlich über die letzten 20 Jahre berichten sollten, wäre es für uns ratsam, diese Tatsachen, die doch unbestreitbar sind, in unsern Tagen aufzudecken?

Vielleicht werden sie in 50 Jahren nicht so viele Bedenken hervorrufen und die Leser nicht so aufregen, wie es gerade jetzt der Fall wäre. Heute wäre es bestimmt nicht ratsam, sie zu diskutieren und sie einer grösseren Oeffentlichkeit vorzulegen.

Meiner Ansicht nach ist die Geschichte der letzten 20 Jahre in ihrer Gesamtheit nicht reif für eine historische Untersuchung. Nur gewisse Sektoren können vorgelegt werden, und wenn man seine Auswahl trifft, muss man völlig von Verantwortungsgefühl durchdrungen sein, damit er nicht durch seine Aktion die öffentlichen Interessen verletzt.»

Bis dahin zitierte Kisielewski und nimmt dann seinen eigenen Kommentar mit folgendem Satz wieder auf:

«Natürlich kann man die ‚Verletzung der öffentlichen Interessen' verschieden interpretieren...»